

Öffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Rat

26.10.2006

TOP 3

Betrifft: Antrag der FDP-Fraktion vom 28.09.2006 betr. Realisierung eines neuen Standortes der Polizeiwache Bornheim mit Behördenzentrum der Stadtverwaltung

Beschlussentwurf:

Der Rat lehnt es ab, den Bürgermeister mit der Prüfung zur Realisierung eines neuen Standortes der Polizeiwache Bornheim mit Behördenzentrum der Stadtverwaltung auf dem Grundstück des Hallenfreizeitbades zu beauftragen.

Sachverhalt:

Die Inanspruchnahme einer Teilfläche des Hallenfreizeitbad-Areals zur Realisierung einer Bebauung ist schon einmal geprüft worden. Zu dieser Angelegenheit hat der Rat am 17.06.1998 (vgl. Vorlagen-Nrn. 384/98-2 und 385/98-2) den einstimmigen Beschluss gefasst, die Verkaufsverhandlungen und die Aufstellung eines neuen städteplanerischen Bebauungskonzeptes zu einem Teilbereich der Liegewiese einzustellen und hat damit dem Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „Ruf“ voll entsprochen (vgl. Vorlage-Nr. 537/98-2).

Mit Blick auf die wirtschaftliche Situation des Hallenfreizeitbades scheint es auch aus heutiger Sicht weiter geboten sowohl die Freiflächenqualität der Einrichtung nicht einzuschränken als auch bauliche Möglichkeiten der Attraktivierung für das Bad selbst offen zu halten. Was die zukünftige Unterbringung der Bornheimer Polizeiwache anbelangt, ist der Bürgermeister in engem persönlichen Kontakt mit dem Polizeipräsidenten. Sofern hier Ergebnisse vorliegen, wird der Rat hierüber informiert.

Die Raumkonzeption für die zukünftige Entwicklung der Verwaltung sieht grundsätzlich vor, eine Konzentration der Verwaltungseinheiten am Standort des Rathauses vorzunehmen. Aus verwaltungs-ökonomischen Gründen wird dabei bevorzugt, Einrichtungen des Jugendamts mittelfristig wieder in den „Standort Rathaus“ zu integrieren und eine Auslagerungen von Dienststellen, wie etwa das Bürgerbüro, zu vermeiden. Hierfür spricht nicht zuletzt die verkehrlich optimale Anbindung des Rathauses durch den ÖPNV und die hervorragende Versorgung mit Parkplätzen für den Individualverkehr.